

„Keinen Millimeter bewegen!“

KZVB-Delegation beim Ministerpräsidenten

Die bayerischen Zahnärzte könnten zu den großen Verlierern des Gesundheitsfonds zählen. Diese Sorge äußerte der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), Dr. Janusz Rat, gegenüber Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein beim Besuch einer KZVB-Delegation in der Staatskanzlei im Juni.

Schlimmstenfalls könnten durch den Gesundheitsfonds aus der zahnmedizinischen Versorgung der Patienten in Bayern 280 Millionen Euro pro Jahr abfließen. Das rechnete KZVB-Geschäftsführer Dr. Walter Donhauser dem Ministerpräsidenten vor. Schon heute würden die Krankenkassen in Verhandlungen darauf drängen, die Honorare der Zahnärzte mit Blick auf die bevorstehende Einführung des Gesundheitsfonds zu kürzen. Beckstein vertrat jedoch den Standpunkt, selbst wenn den Krankenkassen in Bayern ein solcher Betrag künftig fehlen würde, hieße das noch lange nicht, dass die Honorare der bayerischen Zahnärzte sinken müssten. „Eine Kürzung ist indiskutabel“, stellte Beckstein klar. „An Ihrer Stelle würde ich mich da keinen Millimeter bewegen.“ Im Gegenteil: Ein maßvoller Anstieg sei angebracht, zumal die Kosten für die Zahnarztpraxen gestiegen seien. Der Ministerpräsident erklärte, die Bundesregierung müsse sicherstellen, dass die Konvergenzklausel „auf den Cent“ umgesetzt werde. Rat betonte, die Konvergenzklausel besage nicht, dass der Mittelabfluss auf 100 Millionen Euro begrenzt werde, sondern dass der Mittelabfluss Jahr für Jahr um bis zu 100 Millionen Euro steigen könne. In zehn Jahren dürften also eine Milliarde Euro pro Jahr aus Bayern abfließen. „Wir gehen nicht davon aus, dass die Reform in Stein gemeißelt ist, wir werden auch nach dem 1. Januar 2009 für die Interessen der Patienten und Ärzte im Freistaat kämpfen“, entgegnete Beckstein.

Die Puffertage müssen weg

Ein weiteres Thema des rund einstündigen Gesprächs war die Kopplung des zahnärztlichen Budgets an die Grundlohnsumme. Deren Steigerung lag in den letzten Jahren jeweils bei deutlich unter einem Prozent. „Die Grundlohnsummensteigerung ist eine Mogelpackung“, verdeutlichte der KZVB-Vorsitzende.



Foto: KZVB

Hand in Hand gegen die Budgetierung: In diesem Punkt sind sich Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und der KZVB-Vorsitzende Dr. Janusz Rat einig.

„Sie bleibt hinter den Einnahmen der Krankenkassen zurück. Verringert sich beispielsweise die Arbeitslosenzahl, weil wieder mehr Menschen Beschäftigung finden, steigen zwar die Einnahmen der Krankenkassen, nicht aber die Grundlohnsumme.“ Bei anderen Arztgruppen würde die Budgetierung zum Jahreswechsel abgeschafft, nicht jedoch bei den Zahnärzten, führte Rat aus. „Wo bleibt da die Gleichbehandlung?“ Hinzu komme, dass ausgerechnet zahnerhaltende Maßnahmen weiterhin budgetiert seien, was völlig falsche Anreize setze. Auch könne er nicht verstehen, weshalb es keinen jahresübergreifenden Budgetausgleich gebe. Beckstein erinnerte sich an die „Puffertage“ zum Ende letzten Jahres in den bayerischen Zahnarztpraxen. „Wir wollen diese Puffertage weghaben“, bezog er Stellung. Sie seien Ausdruck einer Zwei-Klassen-Medizin. In der Präsidiumssitzung von CDU und CSU wolle er sich dafür einsetzen, dass Budgets in der zahnmedizinischen Versorgung abgeschafft werden. Leider soll es bei der Präsidiumssitzung in Erding keine Gelegenheit gegeben haben, die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen aufs Tapet zu bringen. Auf Nachfrage des BZB erklärte ein Sprecher der Staatskanzlei, Bayerns Sozialministerin Christa Stewens sei nunmehr beauftragt, das Thema auf der Fachebene voranzutreiben. Da es sich um eine Änderung auf Bundesebene handle, werde sie zunächst Mitstreiter für dieses Anliegen suchen.

Julika Sandt